



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17 VIII/93

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

22. April 1959

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Kanzlerrede in Hamburg	S. 1
Anglo-amerikanische Reibungen	S. 3
Abgebrenste Bauernverfolgung - Zur Lage in der Sowjetzone	S. 4
Dissonanzen auf dem CDU-Parteitag	S. 6

Adenauers amerikanisches Konzept

(sp) Über die wichtigsten Sender der Bundesrepublik hat am Dienstag abend Dr. Adenauer in seiner Eigenschaft als CDU-Chef über seine Politik gesprochen. Der erste Teil war der Bericht über seinen Aufenthalt in den USA und Kanada, eine überschwengliche Schilderung, selbst ohne den Versuch zu kritischer Nuancierung. Auf die innere Verfassung Dr. Adenauers bei dieser Gelegenheit warf ein Lapsus ein bezeichnendes Licht, als er berichtete, in Ottawa hätten sich der Ministerpräsident und alle Minister eingefunden, zu Ehren des "Bundeskanzlers des Deutschen Reiches" - eine Wendung, wegen der er sich sofort "als etwas verfrüht" entschuldigte - unter dem tosenden Beifall seiner Freunde.

Im Grunde brauchte sich niemand über den großartigen Empfang des westdeutschen Regierungschefs in den USA zu wundern, dessen Politik allmählich fast zu einer Funktion der amerikanischen Außenpolitik geworden ist. Adenauer hat diesmal nicht einmal den Versuch gemacht, eine eigene deutsche Konzeption zu entwerfen, sein einziges Argument war im Grunde auch diesmal der Hinweis auf den Vorteil, der darin liegt, bei den stärksten Bataillonen der westlichen Welt zu stehen. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen wollen, daß bei internationalen Verhandlungen für die Vertreter von Diktaturen die Stärke des Gegenspielers ein wichtiges Argument ist. Aber es ist eine äußerst gefährliche Vereinfachung zu

glauben, in dieser Methode liege die einzige Möglichkeit, weiterzukommen, Sie hat nur Sinn und Wert, wenn sie eng verbunden ist mit der Erkenntnis, daß politisch Verhandeln Nehmen und Geben heißt.

Als rednerisches Mittel wählte Adenauer auch diesmal wieder das große Pathos, die Beschwörung, ihm doch zu glauben, und die düstere Warnung vor den Folgen einer anderen Meinung als seiner eigenen. Es klang wie eine Drohung, als er ausrief: "Jetzt möchte ich den Deutschen sehen wie er vor der Geschichte bestehen will, wenn er sagt: Nein, wir machen nicht mit". Das war eine deutliche Wendung gegen Bundesrat und Bundesverfassungsgericht.

Seine Aufforderung, die große Rede Eisenhowers sehr genau zu studieren, erscheint reichlich gewagt. Denn in diesem Fall kommt man unausweichlich zu der Einsicht, wieviel mehr Eisenhower das Gewicht auf eine westliche Verhandlungsbereitschaft mit dem Osten legt als Adenauer. Man hat ja auch inzwischen gehört, daß man selbst in gewissen Kreisen der Washingtoner Diplomatie, die Unbedingtheit und Härte der Adenauerschen Haltung als übertrieben und unzweckmäßig bewertet, weil man in Washington durchaus bereit sei, mit Verhandlungen und Versuchen zu einem Ausgleich der Gegensätze oder einer Annäherung der Standpunkte auch schon zu beginnen, ehe eine weithin sichtbare Überlegenheit des Westens erreicht sei.

Bei Adenauer fehlte auch diesmal wieder der geringste Hinweis darauf, wie einmal der große entscheidende Schritt von der großen Kräfteredemonstration des Westens am Tage X zum Rückzug der Sowjets aus Mittel- und Ostdeutschland praktisch getan werden soll, ohne daß damit unmittelbare Kriegsgefahr entsteht. Durch die Spaltung ist die deutsche Situation grundlegend von der jeder anderen westeuropäischen Nation verschieden. Diese entscheidende Tatsache bleibt auch in der letzten Kanzlerrede so gut wie unberücksichtigt, wenn man nicht an das erwähnte Pathos, sondern an die Wirklichkeit denkt. Mit dem ständigen Blick auf diese Tatsache aber beginnt erst eine selbständige deutsche Politik.

Unerwünschte "Hexenjäger"

B.O. - London

Völlig frei von Reibungen ist das Verhältnis zwischen England und der USA eigentlich nie gewesen, seit mit der "Boston Tea Party" von 1776 sich die 13 Kolonien gegen die reaktionäre Herrschaft Georgs III. und seines Ministers Lord North erhoben. Heute noch empfindet es der Yankee oder der "Mittelwester" als eine gegen die transatlantische Republik gerichtete Beleidigung, daß hinter dem Schreibtisch des britischen Staatssekretär für Auswärtiges, an dem er fremde Diplomaten, sogar den amerikanischen Botschafter empfängt, ein fast lebensgroßes (übrigens sehr gutes) Ölbild hängt, das König Georg III. darstellt... Trotz der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans und der aufgeklärten Politik im Kolonialreich schreiben hin und wieder nicht nur Provinzialblätter, sondern oft auch führende, verantwortliche Zeitungen Amerikas über "britischen Imperialismus". Und Anspielungen auf den "Dollarimperialismus" sind andererseits in der englischen Torypresse ebenso häufig zu finden, wie in den "bevanistischen" Organen der Linken.

Während der amerikanische "G.I." im allgemeinen als Einzelmensch durchaus gastfreundlich aufgenommen wird, obwohl man die Anwesenheit amerikanischer Lufttruppen in Großbritannien als ein zur gemeinsamen Verteidigung notwendiges Übel empfindet, gibt es doch auch hier Dinge, die böses Blut machen. Es ist nicht so sehr, daß die Mieten in der Nähe der amerikanischen Flugfelder phantastisch in die Höhe gehen, daß es den (näherer Prüfung nicht standhaltenden) Anschein hat, als gebe sich der Durchschnitts-"G.I." ausschließlich mit Mädchen im schulpflichtigen Alter ab (die Sensationspresse ist voll von gruseligen Verführungsgeschichten), als vielmehr, daß die durch einen 1942 abgeschlossenen Staatsvertrag geschaffene "Exterritorialität" der amerikanischen Militärgerichtsbarkeit den Stolz des Briten auf seine Gerichtsverfassung, auf sein Staatsbürgertum tief verletzt. Es wurmt ihn, daß man einen "G.I.", der mit dem Auto zu schnell fährt oder betrunken randaliert, der seine Freundin verprügelt oder dem Wirt die Zeche prellt, nicht der blinden Gerechtigkeit der britischen Justiz ("der besten und zuverlässigsten in der Welt") anvertraut, sondern in

Lager oder Kaserne hinter verschlossener Tür aburteilt. Da jetzt gerade vor kurzem die exterritoriale Militärgerichtsbarkeit der amerikanischen "Schutztruppen" in Japan vertraglich abgeschafft wurde, weist man in der britischen Öffentlichkeit mit Bitterkeit darauf hin, daß heute ein japanischer Polizist einen amerikanischen Soldaten "einspinnen" kann, daß aber - von der Bundesrepublik abgesehen - der britische "Bobby" diese Machtbefugnis nicht hat. Im Notfall muß er die "Schneeglöckchen" ("snowdrops" nennt man die amerikanischen Militärpolizisten wegen ihrer charakteristischen weißen Helme) herantelephonieren.

Der Fall der Herren Cohn und Schein, die im Auftrage des "Hexenjähgers" Senator MacCarthy gegenwärtig Europa bereisen, um versteckte Kommunisten auszuschnüffeln, hat in der britischen Presse zuerst amüsiert (solange diese beiden jungen Burschen sich auf dem Kontinent bewegten), dann aber erbittert-empörte Kommentare ausgelöst, die sich besonders mit der Unverfrorenheit befaßten, mit der sie ankündigten, sie würden in London die Rundfunkdienste der B.B.C. "untersuchen". Die Feststellung des Vize-Generalpostmeisters auf eine Anfrage im Unterhaus, daß die "Hexenjäger" keine Gelegenheit bekommen würden, die B.B.C. zu "untersuchen", fand einen Beifall bei den Abgeordneten beider Parteien und einen Widerhall in der Presse, die weit über die echte Bedeutung dieser an sich trivialen Angelegenheit hinausgingen.

Man hat sich in Großbritannien vernünftigerweise damit abgefunden, daß heute der transatlantische Verbündete die stärkste Großmacht der Erde ist, mit der man zur freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist. Doch hat man immer noch nicht ganz gelernt, daß man von einer kaum den Kinderschuhen entwachsenen Nation nicht denselben Takt erwarten darf, den man selbst in Jahrhunderten auf harte Weise gelernt hat.

+ + +

Ulbrichts erster Rückzug ?

EZ - Berlin

Als nach mehrwöchigem Schweigen seit der Regierungsübernahme durch Malenkow der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, sich dieser Tage in einem in der gesamten Sowjetzonenpresse veröffentlichten Artikel wieder zu Wort meldete, konnte man erwarten, daß die Haltung des Zentralkomitees der SED von den neuen Vorgängen in Moskau nicht unbeeindruckt blieb. Es gibt einige Faktoren in dieser neuen Ulbricht-

Rede, die er vor den Abteilungsleitern des ZK und den sedistischen Regierungsmitgliedern hielt, welche die große Unsicherheit des Führungsgremiums der SED nach dem anscheinenden Einschwenken Moskaus gegenüber dem Westen andeuten.

Allein die Tatsache, daß Ulbricht es peinlich vermeidet, die gesamtdeutsche Frage anzuschneiden und sich in dieser Beziehung mit einer bloßen Erwähnung der großen Bedeutung der "Nationalen Front" in der Zone und der "Deutschen Sammlung" in der Bundesrepublik begnügt, muß als eindeutiges Zeichen dafür gewertet werden, daß Berlin-Pankow neue Weisungen aus dem Krenl erwartet. Ulbricht hat vorsorglich auch die von ihm gewohnten scharfen Angriffe auf den "imperialistischen Westen" vermieden und sich auf eine Attacke gegen die Bundesregierung und ihre angeblichen Helfer in der SPD-Führung beschränkt.

Umso mehr befaßt sich die neue Erklärung des Sowjetzonen-diktators mit innerpolitischen Problemen. Mit seiner in scharfer Form wiederholten Forderung nach einer verstärkten Ausweitung des sozialistischen Sektors der Zonenindustrie und nach einer Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine erneute Erhöhung der sogenannten Leistungsnormen will Ulbricht ganz offensichtlich die Bevölkerung der Sowjetzone von dem Dilemma ablenken, in das die Befehlszentrale in Berlin-Pankow durch die Neuorientierung der sowjetischen Politik geraten ist.

Immerhin, ein erster Rückzug scheint sich auch innerpolitisch anzudeuten. Die Massenausreibung der freien Bauern, die Verfolgung jedes Bauern und seine Auslieferung an die Terror-Tribunale, wenn auch nur wenige Kilogramm am Ablieferungssoll fehlten, wurde von Ulbricht abgebremst. Derselbe Mann, der im Sommer 1952 mit der Parole der Kollektivierung der Landwirtschaft das Startzeichen zur Vernichtung des freien Bauerntums gegeben hatte, klagt jetzt die Organe der SED und die Sowjetzonen-Gerichte an, durch "ungerechte Urteile gegen Klein- und Mittelbauern die provokatorische Tätigkeit westlicher Agenturen" in der DDR unterstützt zu haben.

Ulbricht geht noch weiter und fordert die sofortige Revision

der Urteile gegen Bauern und die Maßregelung jener Funktionäre der SED in der sogenannten VEAB, deren brutales Vorgehen die Bauern zur Flucht trieb. Mag auch die drohende Ernährungskatastrophe bei diesem Rückzug des SED-Chefs nicht ohne Einfluß gewesen sein, die Bremse kann auch in Moskau gezogen worden sein. Wenige Tage vor der Rede Ulbrichts hatte noch der Generalstaatsanwalt der Sowjetzone, Melsheimer, auf einer Konferenz aller Bezirksstaatsanwälte der DDR in Anwesenheit von leitenden Funktionären der Regierung erklärt, objektive Gründe, die zur Nichterfüllung des Ablieferungssolls führten, dürften auf keinen Fall mehr in Gerichtsverfahren gegen Bauern anerkannt werden. Es habe in jedem Fall eine Verurteilung zu erfolgen. Melsheimer drohte sogar den sowjetzonalen Gerichten mit dem Hinweis, er habe die Mitglieder eines Gerichtes verhaften lassen, da sie einen Bauern wegen objektiver Gründe für die Nichterfüllung seiner Ablieferungspflicht freigesprochen hatten.

Da nicht anzunehmen ist, daß der Generalstaatsanwalt eine solche weitgehende Instruktion ohne Einwilligung von Ulbricht gegeben hat, muß die wenige Tage später erfolgte Forderung des Generalsekretärs der SED nach einer Revision von "unrichtigen Gerichtsurteilen" überraschen. Sie ist nur mit einer Einwirkung von außen, mit einem Wink zu erklären, den Ulbricht über die Sowjetische Kontrollkommission aus Moskau erhalten hat. Zu gleicher Zeit übrigens erklärte Fred Oelsner, in dem man den kommenden Mann sehen muß, vor der Plankommission, daß die gewaltsame Kollektivierung aufhören müsse.

+ + +

Dissonanzen auf dem CDU-Parteitag

R.D. Es scheint uns verständlich, wenn auf dem Parteitag der größten verantwortlichen Koalitionspartei, der den einzigen Zweck verfolgt, den Bundestagswahlkampf einzuleiten, die verantwortlichen Minister Rechenschaft über die Zeit ihrer Regierungstätigkeit geben. Es scheint weniger verständlich, wenn dieser Rechenschaftsbericht weniger mit der Aufzählung positiver Leistungen als aus der Abwehr oppositioneller Angriffe auf diese Regierungstätigkeit bestritten wird. Eine solche Art der Themenbehandlung hat ihre Ursache sicher nicht in der Bescheidenheit der Darstellung, sondern in der Bescheidenheit dieser Leistungen.

So wandte sich Storch gegen "agitatorische Behauptungen und

Praktiken" der Opposition und Erhard bezeichnete die Forderungen der SPD als "wirtschaftliche Falschmünzerei". Beide sprachen sich grundsätzlich gegen ein Eindringen des Staates in alle Lebensbereiche aus und halten die konsequente Fortführung der Politik der "Marktwirtschaft" für das einzig erstrebenswerte Ziel. Vielleicht halten sie diese Politik der "Freiheit aller gegen alle" deswegen für bequem, weil sie durch sie allen Nachdenkens und jeder positiven Leistung entoben werden. Daß solche Politik in einer Zeit wirtschaftlicher Konjunktur zwar mangelhaft, wenn auch möglich ist, jedoch nicht zu den so gern propagandistisch in Anspruch genommenen höchsten sozialen Leistungen führt, bewiesen zwei andere Reden, die auf dem gleichen Parteitag gehalten wurden.

So sprach der Bundestagsabgeordnete Kemmer über das Heer der jugentlichen Arbeitslosen und der Schulentlassenen, die noch keine Lehrstelle haben. Er forderte den staatlichen Eingriff durch "öffentliche Arbeitsbeschaffung" in Form von Jugendgemeinschaftswerken und verwahrte sich gegen die wahllose Vermittlung von Jugendlichen in berufsfremde Arbeit, insbesondere in den Bergbau und in die Landwirtschaft. Der Abgeordnete Kather verwies darauf, daß die Bekämpfung des hohen Anteils an Arbeitslosen unter den Vertriebenen und Flüchtlingen eine vordringliche Aufgabe sei. Man könne sie nicht lösen, wenn in verantwortlichen Regierungskreisen die Tendenz stärker werde, nichtgeschädigte Betriebe im Einzelfall mit Millionenbeträgen aus dem Lastenausgleichsfonds zu bedenken und es sei nur der Opposition zu danken, daß es ihr über den Vermittlungsausschuß gelang, die Begrenzung jener Mittel aus dem Lastenausgleichsfonds, die der Arbeitsbeschaffung dienen sollten, zu beseitigen.

Hier war also die Kritik zu hören, die die Opposition im Bundestag seit langem vortrug und sie kam nicht aus sozialdemokratischem Munde. Diese Dissonanz kam nicht daher, daß die Referate nicht gut aufeinander abgestimmt waren, sondern aus den Ergebnissen der praktischen Politik dieser Regierungspartei, die mit den sozialen Forderungen ihrer Beauftragten für Jugend- und Flüchtlingsfragen kollidiert. Wird man auch diesen Abgeordneten, wie der Opposition im Bundestag, soziale und wirtschaftliche Falschmünzerei, agitatorische Behauptungen und Praktiken vorwerfen? Natürlich nicht! Denn was sie sagen ist "positive Selbstkritik" - nur wenn die Opposition das gleiche feststellt, ist das Kritik um der Kritik willen. Sie findet besonders darum keine Anerkennung bei dieser Regierungspartei, weil sie mit konkreten Vorschlägen der Opposition verbunden ist, wie man die sozialen Mißstände, die Ergebnisse dieser nicht sozialen Bundespolitik, beheben kann.